

## Auftragsbekanntmachung

### Bauftrag

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

#### Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

##### I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. - Baumanagement

Postanschrift: Lilienthalplatz 7

Ort: Braunschweig

NUTS-Code: DE911 Braunschweig, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 38108

Land: Deutschland

E-Mail: [Vergabe.BMT-NMO@dlr.de](mailto:Vergabe.BMT-NMO@dlr.de)

Telefon: +49 5312951000

Fax: +49 531295191000

##### Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: [www.dlr.de](http://www.dlr.de)

##### I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E69183295>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

##### I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Eingetragener Verein e. V.

##### I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Forschung und Wissenschaft

#### Abschnitt II: Gegenstand

##### II.1) Umfang der Beschaffung

##### II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

DLR Braunschweig: Forschungswindpark Krummendeich, 30 119 54 - Infrastruktur

##### II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45233225 Bau von Straßen mit einer Fahrbahn

##### II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

##### II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Baumaßnahme umfasst i.d.R. 4,5 m breite Zuwegungen mit einer Weglänge von insgesamt rund 3,8 km so-wie Montageflächen um 3 Windkraftanlagen und befestigte Flächen um ein Leitwartegebäude. Der Forschungs-windpark wird über zwei Zufahrten - von der K09 und der L111 aus - erschlossen. Diese stehen in keiner verkehr-lichen Verknüpfung.

Durch die Zufahrt über die Landstraße L111 „Kamp“ ist die Leitwarte und die Windkraftanlage ExpTurb zu erreichen. Der Ausbau des Weges bis zur Leitwarte erfolgt in bituminöser Bauweise und danach mit einer ca. 50 cm

starken Schotterdecke nach Austausch von 40 cm Boden gegen Sand. Das nördlich der Leitwarte gelegene Freiburger Schleusenfleth wird von der Zuwegung über ein Stahlwellrohrprofil gequert. Die weiteren Zuwegungen sowie alle Montageflächen werden mit einer ca. 50 cm starken Schotterdecke nach Austausch von 40 cm Boden gegen Sand hergestellt und über die Kreisstraße K9 „Neue Chaussee“ erschlossen. Die Erschließung sieht einen Überbau des vorhandenen Zehntweges vor. Zusätzlich sind noch Zuwegungen zu den Metmasten geplant, die als temporäre Baustraße mit Stahlplatten auf 30 cm Schottertragschicht ohne Bodenaustausch ausgelegt sind.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45221111 Bau von Straßenbrücken

45233222 Straßenpflaster- und Asphaltarbeiten

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE939 Stade

Hauptort der Ausführung:

21732 Krummendeich

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Verkehrsanlagen: Bau von ca. 3,8 km Schotter-Zuwegungen zu Windenergieanlagen, davon ca. 700 m asphaltierte Straße zu Leitwarte, ca. 16.380 m<sup>2</sup> geschotterte Montageflächen um Windenergieanlagen und ca. 680 m<sup>2</sup> gepflasterter Flächen um die Leitwarte, Querung des Freiburger Schleusenfleths (Gewässer 2. Ordnung, 5 m breit) mit Wellrohrprofil.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 21

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Bei Bietergemeinschaften ist mit Abgabe des Angebotes von jedem Mitglied die Eignung bezogen auf die jeweils vorgesehene Aufgabe in der Gemeinschaft separat nachzuweisen.
- Bei Eignungsleihe ist mit Abgabe des Angebotes von jedem Eignungsgeber dessen Eignung bezogen auf den jeweilig ausgeführten Leistungsbereich nachzuweisen.
- Für bietende Unternehmen, die ihren Firmensitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, gilt die Vorlage gleichwertiger Bescheinigungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem das Unternehmen ansässig ist. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
- Eigenerklärung des Bieters über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Der Bieter hat folgende Unterlagen auf gesondertes Verlangen innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer des Sitzes oder Wohnsitzes oder vergleichbar, soweit die Eintragung in das Register nach den gesetzlichen Bestimmungen des Mitgliedstaates, in dem der Bewerber seinen Sitz hat, vorgeschrieben ist.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkassen, soweit der Betrieb beitragspflichtig ist.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt.
- Freistellungsbescheinigung nach §48b Einkommensteuergesetz
- ggf. rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan

Die Vergabestelle ist berechtigt, weitere Auskünfte betreffend die Eignung des Bewerbers auch durch eine auf die Vergabe bezogene Nachfrage beim Gewerbezentralregister einzuholen. Bei ausländischen Bewerbern ist die Vergabestelle berechtigt, im Herkunftsland des Bewerbers entsprechende Auskünfte einzuholen.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Umsatz des Bieters/ der Bietergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Mindestforderung ist ein Umsatz von 2.5 Mio. € (netto) je Geschäftsjahr.
- Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die während des gesamten Leistungszeitraums über eine die vertraglichen Leistungen abdeckende Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensereignis in Höhe von 5 Mio. € für Sachschäden und 3 Mio. € für Personenschäden verfügen. Die Versicherung ist bei einem in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen versicherungsunternehmen abzuschließen. Im Auftragsfall ist dem Auftraggeber ein entsprechend gültiger Nachweis vorzulegen.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Auskunft über die beschäftigten Arbeitskräfte der letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahre

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- 3 vergleichbare auftragsbezogene Referenzen in den letzten bis zu fünf abgeschlossenen Kalenderjahren (Mindestkriterium).

Geforderte Angaben: Projektbezeichnung, Auftraggeber (Name/Anschrift), Ansprechpartner (Name/Telefon/Email), Ausführungszeitraum, Auftragssumme, Projektgegenstand.

**III.2) Bedingungen für den Auftrag****III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Verfahrenssprache ist Deutsch. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Mit der Abgabe des Angebotes erklärt der Bieter, dass alle am Verfahren Beteiligten des eigenen Unternehmens sowie die beteiligten Beschäftigten etwaiger benannter Nachunternehmen der deutschen Sprache ausreichend mächtig sind und eine reibungslose Kommunikation zwischen ihnen und dem Auftraggeber auf Deutsch erfolgen kann. Siehe Vergabeunterlagen

**Abschnitt IV: Verfahren****IV.1) Beschreibung****IV.1.1) Verfahrensart**

Offenes Verfahren

**IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem****IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

**IV.2) Verwaltungsangaben****IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 28/01/2021

Ortszeit: 10:45

**IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber****IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

**IV.2.6) Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/03/2021

**IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Tag: 28/01/2021

Ortszeit: 11:00

**Abschnitt VI: Weitere Angaben****VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

**VI.3) Zusätzliche Angaben:****VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt  
Postanschrift: Villemombler Straße 76  
Ort: Bonn  
Postleitzahl: 53133  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefon: +49 2289499-0  
Fax: +49 2289499-163  
Internet-Adresse: [www.bundeskartellamt.de](http://www.bundeskartellamt.de)

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Das deutsche Vergaberecht regelt die Frist für die Einlegung von Rechtsbehelfen in §160 Absatz 3 GWB.

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Baumanagement  
Postanschrift: Lilienthalplatz 7  
Ort: Braunschweig  
Postleitzahl: 38108  
Land: Deutschland  
E-Mail: [Vergabe.BMT-NMO@dlr.de](mailto:Vergabe.BMT-NMO@dlr.de)  
Telefon: +49 531295-1000  
Fax: +49 531295-191000

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

17/12/2020